

# Liste Fritz. Tirol

**Liste Fritz Pressespiegel  
KW 28  
Von 08.Juli bis 14.Juli 2024**

Markus Sint hat 26 Fragen zum Neubeginn der Venetbahn.



Fotos: Daum Hubert, Liste Fritz

# Liste Fritz will Einblick in den Venetbahn-Deal

Im Oberland ist man sehr froh, dass ein neuer Investor für den Zammer Hausberg gefunden wurde. Doch es gibt auch Kritik.

**W**ie bereits mehrfach berichtet, hat die Pletzer Gruppe die Venetbahn in Zams in letzter Sekunde gerettet. Die renommierte Unternehmer-Familie aus dem Unterland hat seit 1. Mai das Sagen und will die Traditions-Bahn wieder auf Vordermann bringen.

**Anton Pletzer** ist Alleinvorstand der Venet Bergbahnen AG. Den Vorsitz im Aufsichtsrat hat auf dessen Wunsch **Landeshauptmann a. D. Günther Platter** übernommen, die weiteren Mitglieder sind **Friedl Eberl** (Pletzer Gruppe), die Bürgermeister **LA Benedikt Lentsch** (Zams) und **Herbert Mayer** (Landeck) sowie TVB-Obmann **Konrad Geiger**, Unternehmer **Rainer Haag** und Rechtsanwältin **Roswitha Seekirchner**.

Pletzer ist nun 80-Prozent-Eigentümer, die Gemeinden Landeck, Zams sowie der TVB Tirol West müssen zusammen noch 10,5 Millionen Euro beisteuern – dies wurde in einen so genannten „Letter



MARKUS GASSLER

## Tiroler Politik kurz notiert

of Intent“ – einer Absichtserklärung – vereinbart.

In der Region ist man über die Rettung der Venetbahn natürlich froh, zumal die Bahn ohne Pletzer gesperrt worden wäre. Doch 50 Kilometer weiter östlich, im Innsbruck Landhaus, sehen das nicht alle so. „Nachdem sich einige Bürger mit offenen Fragen und Kritik zur Übernahme der Venet Bergbahnen AG durch die Pletzer Beteiligungsgesellschaft an uns gewandt haben, haben wir dazu eine 26 Fragen umfassende schriftliche Landtagsanfrage an **Landeshauptmann Anton Mattle** und **Tourismuslandesrat Ma-**

**rio Gerber** eingebracht“, erklärt **Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint** dazu.

Vor allem der genaue Inhalt des „Letters of Intent“ würde Sint interessieren. Ist dieser überhaupt Gemeinderatsmitgliedern in Landeck und Zams sowie dem Gremium des Tourismusverbandes Tirol West in vollem Umfang bekannt? „Wer Millionen Steuergelder freigeben soll, muss alle Unterlagen kennen und genau wissen, worauf er sich einlässt“, betont Sint. Auch die Rolle der Landesregierung sei zu beleuchten. „Wir geben nichts auf die vielen kursierenden Gerüchte, sondern wollen Fakten auf den Tisch. Sind in Zusammenhang mit diesem Deal Gelder des Landes in Form von Bedarfszuweisungen, Förderungen oder Sonstigem zugesagt oder bereits geflossen? Weil es ums Steuergeld der Bürger geht, haben sie ein Recht zu wissen, was mit ihrem Geld passiert“, pocht Sint auf mehr Transparenz.

# Ruf nach einer Shuttle-Lösung für Mühlau

Durch lange Sperre am Mühlauer Platzl verschärft sich das Problem der Öffi-Anbindung – vor allem für weniger mobile Menschen.



Die Sperre am Mühlauer Platzl hat auch Folgen für die Öffi-Anbindung – die im langgezogenen Stadtteil ohnehin noch nicht optimal ist. Foto: Springer

**Innsbruck** – Die Totalsperre der Mühlauer Ortsdurchfahrt für den motorisierten Verkehr – wegen umfangreicher Bauarbeiten – hat auch Folgen für die Öffi-Anbindung. Wie berichtet, fallen die Haltestellen Anton-Rauch-Straße und Mühlau aus, stattdessen verkehren die Busse (Linien A, 501, 503 und 502N) nun über die Haller Straße und den Schusterbergweg. Wobei die Linie A über eine Schleifenfahrt die Haltestelle Mühlau im Osten von Mühlau auch weiterhin anbindet.

Trotzdem ist die Situation für die Bewohner in Mühlau schwierig – besonders für jene mit eingeschränkter Mobilität. „Für mich war es schon vor-

herfordernd, bis zur nächsten Bushaltestelle bzw. von dort nach Hause zu kommen“, schildert ein Anrainer aus der Josef-Schraffl-Straße, der auf Krücken geht. Durch die Baustelle wird der Weg nun noch ein Stück weiter. „Ich habe die Zeit gestoppt, ich brauche rund 50 Minuten“, erklärt der Anrainer, der viermal pro Woche zur Physiotherapie auf die Klinik muss und sich Taxifahrten schwer leisten kann.

Der Anrainer wirft die Frage auf, warum für die lange Baustellenphase nicht eine Lösung in Form eines Kleinbus-Shuttles im Stundentakt möglich ist (ähnlich der „Rumer Linie“ bis Hochrum). Vielen Anrainern gehe es

„*Durch die Schleifenfahrt der Buslinie A gelingt es, den zusätzlichen Weg recht kurz zu halten.*“

Ekkehard Allinger-Csollich  
(IVB, Leiter Technik und Betrieb)

wie ihm. Die Liste Fritz stellt sich hinter diese Forderung, es brauche „umgehend eine Shuttle-Möglichkeit durch den Stadtteil“, sagt GR Andrea Haselwanter-Schneider. Und: „Es war jetzt genug Zeit, um sich auf die Sperre in Mühlau vorzubereiten.“

Eine Shuttle-Lösung habe man geprüft, erklärt dazu Ekkehard Allinger-Csollich von den Innsbrucker Ver-

kehrsbetrieben (IVB). Doch es habe sich herausgestellt, dass dies technisch nicht möglich ist, weil man auch mit Kleinbussen keine Möglichkeit habe, auf öffentlichem Grund umzudrehen. Doch mit der Schleifenfahrt der Linie A gelinge es, von Osten her nahe ans Mühlauer Platzl heranzukommen und „den zusätzlichen Weg so recht kurz zu halten“. Bei der Bürgerversammlung in Mühlau sei diese Lösung sogar die „beliebtere“ gewesen.

Eine neue Buslinie D wird Hoch-Mühlau und Hoch-Arzt über Elektro-Kleinbusse künftig erstmals öffentlich erschließen – dies allerdings erst ab Dezember 2025. (md)

# Breite Kritik an Abgabe für Tourismus

„Unrechtsabgabe“, „vertane Chance“, „Rosstäuscherei“: Die Kritik an der Tourismusabgabe und den geplanten Änderungen ebbt nicht ab.

Von Max Strozzi

**Innsbruck** – Der Zirler Paletten-Unternehmer Nikolaus Tanzer ist nicht der Einzige, der scharfe Kritik an der Tourismusabgabe übt, die alle Tiroler Unternehmer zur Tourismusfinanzierung zahlen müssen. „Das ist eine Unrechtsabgabe“, sagt der Firmenchef: „Wir reparieren Holzpaletten und liefern sie an große Tiroler Industrie-Betriebe, die wiederum ihre Produkte zu 85 Prozent oder mehr ins Ausland exportieren. Unser Betrieb hat mit dem Tourismus null Komma nichts zu tun“, betont er. Dennoch müssen auch Firmen wie seine einen Pflichtbeitrag zur Tourismusfinanzierung abliefern, weil das Land Tirol pauschal davon ausgeht, dass es jedem Tiroler Unternehmen wegen des Tourismus besser geht. Aus Tanzers Sicht gehört der Pflichtbeitrag abgeschafft.

An der Pflichtabgabe will die Landesregierung aber weiterhin nicht rütteln. LH Anton Mattle und Tourismus-/Wirtschafts-LR Mario Gerber (beide ÖVP) präsentierten am Montag einige Änderungen für 2025, mit Beitragskürzungen für Firmen auf der einen Seite und einer Erhöhung der Mindest-Ortstaxe für Urlauber auf der anderen Seite. Das Grundprinzip, dass praktisch alle Tiroler Firmen eine Tourismusabgabe zahlen müssen, bleibt aber. Kritik übt auch Wirtschaftskammerpräsidentin Barbara Thaler. Sie stehe zwar hinter der Tourismusabgabe.

„Es wurde aber eine Chance vertan, die knapp 100 Jahre alte, komplizierte Abgabe in eine moderne Infrastrukturfinanzierung umzuwandeln“, sagt sie. Unter anderem müsse der Pflichtbeitrag der Unternehmen um die Hälfte gekürzt werden – also um 60 bis 70 Mio. Euro – und zum Ausgleich der entgangenen Summe schrittweise die Urlauber-Ortstaxe erhöht werden – je nach Region und Tourismusbetrieb in unterschiedlichem Ausmaß.

Dagegen wiederum steigen Privatvermieter auf die Barrikaden. Eine satte Erhöhung der Kurtaxe komme „nicht in Frage“, sagt Obfrau Theresia Rainer: „Die Privatvermieter sind das Rückgrat des Tourismus und können solche Preissprünge nicht schlucken.“

Liste-Fritz-Obmann Markus Sint kritisiert die „Mini-Änderungen“ der Landesregierung bei der Tourismusabgabe als Rosstäuscherei: „Weiterhin müssen mehr als 600 Branchen für den Tourismus zahlen, obwohl sehr viele keinen oder kaum einen Nutzen vom Tourismus haben. Egal ob Fahrlehrer oder Totengräber.“ Rund 140 Millionen macht der Tourismusbeitrag pro Jahr aus. „Die Entlastung von 10 Millionen Euro für 40.000 Betriebe bedeutet im Schnitt nur 250 Euro pro Betrieb und Jahr. Das ist keine Reform.“ Sint fordert, die Beitragsgruppen stark zu reduzieren und die Tourismusabgabe nach dem Gewinn und nicht nach dem Umsatz zu berechnen.



Vor allem die Tiroler Privatzimmervermieter warnen vor einer starken Erhöhung der Ortstaxe.

Foto: APA/Barbara Gindl



# Opposition kritisiert Pläne für Bozner Platz

Auch die Liste Fritz spricht sich – neben der FPÖ und der Liste „Das Neue Innsbruck“ – gegen die Neugestaltung des Bozner Platzes aus.

**Innsbruck** – „Wir sind gegen dieses Projekt Bozner Platz“, sagt Andrea Haselwanter-Schneider. Sie sitzt für die „Liste Fritz“ im Innsbrucker Gemeinderat. Zustimmung werde sie in der Gemeinderatssitzung am Donnerstag dieser Form der Neugestaltung des Platzes daher nicht. „Wir werden dagegen stimmen.“

## Zu viel Busse und Autos

Eine Begegnungszone kann Haselwanter-Schneider am neuen Bozner Platz nicht erkennen. Eher eine „völlig unzureichend gelöste Verkehrssituation“. „Das ist ein Platz, an dem fünf Buslinien durchfahren und täglich Tausende Autos in die Tiefgaragen fahren“, so die Politikerin. Zudem sei geplant, Zebrastreifen und Ampelanlagen vom Platz zu entfernen. Noch mehr Verkehrschaos sei damit vorprogrammiert. „Der

Bozner Platz hätte beruhigt werden müssen“, sagt Haselwanter-Schneider. Schon jetzt klagten die Anrainer über hohe Lärmbelastung. Und auch die Kühlung durch die geplante Pflanzung von 31 Bäumen würde dauern. „Das Blätterdach wird es erst in rund 20 Jahren als Schutz

gegen die Sonne geben“, kritisiert die Oppositionspolitikerin. Immerhin erhalte der Platz nach Protesten aus der Bevölkerung jetzt auch „Rosmarin und Lavendel“.

Haselwanter-Schneider spricht sich nicht grundsätzlich gegen die Neugestaltung des Bozner Platzes aus. Die vorliegenden Pläne entsprächen aber nicht den Bedürfnissen der Bevölkerung. Auch ein öffentliches WC vermisst Haselwanter-Schneider in der Planung. Stattdessen gebe es „für neun Millionen Euro aber 31 Bäume, Pflastersteine, Kies und eine Holzbank wie am Wiltenner Platz mit Beleuchtung“, ätzt Haselwanter-Schneider. Ihr Arbeitstitel für den geplanten Platz: „Piazza Bolzano Caprese“. Erinnert fühlt sich die Oppositionspolitikerin auch an die Diskussionen rund um die Neugestaltung des Landhausplatzes

in Innsbruck. Dieser wurde 2009 umgestaltet und sorgte seit Anbeginn durch seine weiße Bepflasterung für massive Kritik (zu hell, zu heiß, keine Grünflächen). Doch der Landhausplatz konnte erst gar nicht umgestaltet werden. Der Grund war ein Gerichtsverfahren zwischen Land und Baufirma. Man einigte sich und das Land

musste die Rostflecken auf dem weißen Pflaster auf Landeskosten entfernen.

Die Zustimmung zum Bozner-Platz-Projekt im Gemeinderat gilt als sicher. Es wird erwartet, dass die Stadtregierung (JA – Jetzt Innsbruck, Grüne, SPÖ) den Plan mit ihrer Mehrheit durchwinkt. Kritik an der Neugestaltung des Bozner Platzes

übte neben der Liste Fritz bereits die FPÖ. Stadtrat Markus Lassenberger erwartet ein erstes „Millionengrab der linken Regierung unter Führung von Bürgermeister Anzengruber“. Und die Liste Das Neue Innsbruck/Tursky äußerte bereits vorab Sicherheitsbedenken gegenüber der geplanten Begegnungszone. (ver)



Foto: APA/Groder

„Das Blätterdach wird es erst in rund 20 Jahren als Schutz gegen die Sonne geben.“

Andrea Haselwanter-Schneider  
(Liste Fritz)



TT-Club-Sommerferien

**50 % Ermäßigung**

**Hintertuxer Gletscher**

8. bis 14. Juli 2024

club.tt.com

tt club

# 80.000 Euro sollen künftig abschrecken

Das Land soll die Strafen für illegale Freizeitwohnsitze (derzeit 40.000 €) verdoppeln. Nein zu Mindeststrafen.

Von Peter Nindler

**Innsbruck** – Wie sollen illegale Freizeitwohnsitze künftig geahndet werden? Derzeit ist eine Höchststrafe von 40.000 Euro vorgesehen, im schlimmsten Fall könnte ein Anwesen, das nicht widmungskonform genützt wird, auch versteigert werden. Das war in Tirol allerdings noch nie der Fall und gilt nahezu als ausgeschlossen. Doch die vorgesehenen 40.000 Euro wurden bisher ebenfalls noch nie ausgeschöpft. Bei Weitem nicht.

Waren es 2021 noch 36 Verfahren wegen illegaler Freizeitwohnsitznutzung, die beim Landesverwaltungsgericht gelandet sind, so hat sich diese Zahl im Jahr 2023 auf 70 erhöht und somit fast verdoppelt. Die überwiegende Mehrheit der Benützungsunter-sagungen und Strafen wurde gerichtlich bestätigt. Die durchschnittlichen Strafen sind jedoch gering. Rund 2500 Euro betragen sie.

Die Liste Fritz drängt deshalb schon seit Jahren auf Mindeststrafen. Vorgeschlagen werden zehn Prozent des Immobilienwerts. Das wären bei zwei Millionen Euro also 200.000 Euro. Zuletzt mündete ein Antrag in eine Entschlie-ßung des Landtags. Der Verfassungsdienst des Landes wurde mit einer Prüfung beauftragt. Das Ergebnis liegt jetzt vor, gegen Mindeststrafen gibt es grundsätzliche Bedenken. Eine Erhöhung der Höchstsätze wird jedoch vorgeschlagen, die letzte Anpassung – auf 40.000 Euro – gab es nämlich vor knapp 20 Jahren.

Der Verfassungsdienst hält fest, dass das Land dem Gebot unterliegt, für Übertretungen landesgesetzlicher Verwaltungsnormen verhältnismäßige Strafen festzulegen. „Starre und pauschalierte Strafregelungen, bei denen eine Berücksichtigung der Umstände des Einzelfalls nicht oder nur sehr eingeschränkt möglich ist – wie etwa Mindeststrafen –, können

leicht in den Verdacht der Verfassungswidrigkeit geraten“, heißt es weiters.



Foto: Liebl

**„ Illegale Freizeitwohnsitze sind Gesetzesbruch und kein Kavaliersdelikt. Es benötigt abschreckende Strafen.“**

Markus Sint/Liste Fritz (Clubchef)

Trotzdem: Der Strafrahmen könne bei bloßer Inflationsanpassung schon auf rund 66.000 Euro erhöht werden. Nicht nur das: Jedenfalls verfassungsrecht-

lich unbedenklich wäre nach Auffassung des Verfassungsdiensts eine Verdoppelung auf 80.000 Euro.

Für Liste-Fritz-Klubchef Markus Sint müssen Strafen für illegale Freizeitwohnsitze eine abschreckende Wirkung haben und Wiederholungstäter verhindern. „Ein paar tausend Euro bei einer Immobilie von ein paar Millionen Euro bewirken beides nicht, sondern werden von den illegalen Freizeitwohnsitzlern eingepreist.“ Andererseits sieht Sint Bewegung in die Sache kommen. „Eine Verdoppelung der Höchststrafe von 40.000 auf 80.000 Euro geht nicht so weit, wie wir es uns wünschen würden. Aber unser Antrag ist ein notwendiger Anstoß für die Regierungsparteien, endlich in die Gänge zu kommen und einen höheren Strafrahmen umzusetzen.“ Schlussendlich wirft der Fritz-Klubchef der ÖVP vor, dass sie fast 20 Jahre Zeit gehabt hätte, den Strafrahmen zu erhöhen.



Rund 10.000 Immobilien werden in Tirol illegal zu Freizeit-zwecken genützt. Die Strafen betragen derzeit aber nur durchschnittlich 2500 Euro. Foto: Böhm

# Weiter Schlagabtausch ums Öztaler Wasser

Die Transit-Debatte nimmt wieder einmal Fahrt auf. Die Tiroler Transportwirtschaft wehrt sich dagegen, dass ihr unterstellt werde, die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene einzubremsen, heißt es in einer Stellungnahme der Wirtschaftskammer. Im Vorjahr nutzten lediglich 34,5 Prozent der Transporteure das Angebot auf der Rollenden Landstraße (RoLa) zwischen Wörgl und dem Brenner. Über den Brenner werden lediglich 27 Prozent der Güter mit der Bahn befördert, vor vierzehn Jahren waren es noch 36 Prozent.

Die Tiroler Transportunternehmen, so die Wirtschaftskammer, hätten in den vergangenen Jahren

zahlreiche Maßnahmen ergriffen, um den Güterverkehr effizienter und umweltfreundlicher zu gestalten. Dazu gehörten die Optimierung von Transportwegen, Investitionen in modernste und emissionsarme Fahrzeugflotten sowie die Förderung von multimodalen Transportlösungen, die eine Kombination von Straße und Schiene ermöglichen.

**Ulf Schmid**, Obmann des Tiroler Güterbeförderungsgewerbes, erklärt, dass der Güterverkehr auf der Straße nicht nur deshalb zunehme, weil er vermeintlich zu billig sei. „Das ist zu kurz gedacht. Erstens haben wir bereits die höchstmöglichen Mautgebühren gemäß der Wegkostenrichtlinie erreicht.



Die Rollende Landstraße verzeichnete im Vorjahr erneut einen Rückgang um fünf Prozent bei den beförderten Lkw.

Foto: Böhm

Zweitens ist die geringe Lkw-Maut zwischen München und Verona nicht der ausschlaggebende Faktor für den Transitverkehr.“

Das der Landesenergieversorger Tiwag die umstrittenen Wasserab-

leitungen aus dem Öztal weiterverfolgt, empört die Liste Fritz. „Vor einem Monat haben die Bürger von Sölden mit 96 Prozent unmissverständlich Nein zu den Wasserableitungen aus dem Öztal gesagt. Neben den Bürgern von Sölden ste-

hen aufrechte Beschlüsse der Grundbesitzer, Agrargeinschaften, Alpenvereine, der Tourismusverbände und der ÖVP-geführten Gemeinden“, betont Klubchef **Markus Sint**. All diese Menschen im Öztal würden vom Landesunternehmen Tiwag und von Landeshauptmann und Eigentümerversorger Anton Mattle eiskalt für dumm verkauft. „Im vergangenen Monat hat die Tiwag nämlich keinen neuen und veränderten Genehmigungsantrag bei der Behörde für ihr Mega-Kraftwerksprojekt Kaunertal gestellt, für das sie das Wasser aus dem Öztal ableiten will.“

Der Konter der ÖVP folgte prompt: „Die Liste Fritz wirft mit falschen Vorwür-

fen um sich und hat von Energiepolitik keine Ahnung“, sagt Energiesprecher **Martin Mayerl**. Das Machtwort von Landeshauptmann Anton Mattle gelte, die Tiwag bereitet für die nächste Genehmigungsstufe die Speicherkapazitäten im Platzertal ohne Wasserableitungen aus dem Öztal vor. „Die Tiwag hat ganz klar kommuniziert, dass der Fokus bei der Erweiterung des Kraftwerks Kaunertal auf dringend notwendigen Speicherkapazitäten liegt.“ Für Mayerl will Sint das Kraftwerk Kaunertal unbedingt stoppen, wie er selbst sage. „Halbwahrheiten, Unterstellungen und Verunsicherungsstaktiken“, meint Mayerl abschließend. (pn)



# Der Weg für den neuen Platz ist frei

Zustimmung nur von der Dreierkoalition: Beim Beschluss für die Neugestaltung des Bozner Platzes gab es in Innsbruck gestern ein klares Bild. Grünflächen, Verkehrsführung und Kosten bleiben zentrale Streitpunkte.

**Innsbruck** – Die Mehrheit für die lange geplante Neugestaltung des Bozner Platzes, die es in der Vorperiode am Ende nicht (mehr) gab – jetzt gibt es sie. Und so brachte die Dreierkoalition aus „JA – Jetzt Innsbruck“, Grünen und SPÖ gestern eines der zentralen Projekte aus ihrem Zukunftsvertrag auf Schiene. Die „große Mehrheit“, die sich BM Johannes Anzengruber (JA) gewünscht hatte, gab es allerdings nicht: Nur die 22 Mandatäre der drei Koalitionspartner stimmten für die Umsetzung des Siegerprojekts („Piazza“) von EGKK Landschaftsarchitektur.

Die Oppositionsfractionen sagten zur Platzgestaltung dagegen Nein (FPÖ, KPÖ, Liste Fritz) bzw. enthielten sich (TURSKY, ALi). Das geplante Ermittlungsverfahren für eine Begegnungszone am Platz lehnte die – an sich denkbar heterogene – Opposition gar geschlossen ab.

Doch was sind eigentlich die zentralen Argumente der Befürworter und Kritiker, wo liegen die entscheidenden Konfliktpunkte? Ein Überblick:

► **Platzgestaltung:** Höhere Aufenthaltsqualität, das Flair einer südlichen „Piazza“ an einem Ort, der bisher „vorrangig ein Verkehrsknotenpunkt“ war, dazu die Kühlung des überhitzten Platzes und eine Reduktion des Durchzugsverkehrs: Genau diesen Mehrwert erreiche man durch die Umsetzung des 2021 gekürten



Bürgermeister Johannes Anzengruber (M.) ist überzeugt, dass die knapp 9 Mio. Euro für die Attraktivierung des Platzes gut investiert sind. Christine Oppitz-Plörer und Tom Mayer plädierten hingegen für mehr sichtbares Grün – und eine Fußgängerzone.

Visualisierung: EGKK Landschaftsarchitektur, Fotos (3): Falk/TT

Siegerprojekts, betont Stadträtin Mariella Lutz (JA).

Der zentrale, entsiegelte Bereich um den Rudolfsbrunnen, gestaltet als „wassergebundene Wegdecke“, werde um 43 % größer als der „frühere, nicht nutzbare Rasenbereich“. Rasenflächen seien wichtig, sagt Lutz, „aber in Parks“ – nicht hier am Platz, wo sie angesichts 10.000 querender Fußgänger täglich rasch zertrampelt wären.

Die 31 Bäume (Gleditschen), die mit einer Höhe von 8 bis 10 m eingesetzt werden, „bieten vom ersten Tag an Schatten“, so Lutz – wenn sie auch erst in ca. 20 Jahren ihre volle Wirkung entfalten. Der restliche Platz werde mit Na-

tursteinpflaster mit ungebundenen Fugen versehen, dieses sei versickerungsfähiger als der jetzige Asphalt.

Neben konsumfreien Zonen mit Bänken seien ein Trinkwasserbrunnen, 14 Beleuchtungspunkte (für mehr Sicherheitsgefühl) sowie neue Veranstaltungsinfrastruktur vorgesehen, die im Westen des Platzes neue Märkte sowie Gastro- und Kulturereignisse ermöglicht.

► **Bodengrün:** Von der Opposition kam aber durch die Bank die Forderung nach mehr (sichtbarem)

Grün: GR Christine Oppitz-Plörer (TURSKY) brachte dazu einen Abänderungsantrag ein – und schlug nach Wiener Vorbild konkret vor, rund um die neuen Bäume Einfassungen mit Pflanzen anzulegen (auch um die Bäume so zu schützen). Dies fand aber keine Mehrheit.

FPÖ, ALi und Liste Fritz schlugen in dieselbe Kerbe: „Ein paar Tröge sind zu wenig“, befand Liste-Fritz-Gemeinderätin Andrea Haselwanter-Schneider. Mehrere Experten, mit denen er gesprochen habe, würden das

Projekt aus ökologischer Sicht als Verschlechterung beurteilen, ergänzte Fraktionskollege Tom Mayer.

► **Verkehrsführung:** Noch härter fiel die Oppositionskritik an der Begegnungszone aus: FPÖ-Klubobfrau Andrea Dengg kann sich nicht vorstellen, „wie man bei täglich 4000 Pkw und vielen Buslinien“ mit Kinderwagen oder Rollator sicher über den Platz kommen soll. Hingegen sei die FPÖ „sofort bereit, über eine Fußgängerzone zu reden“.

Die Liste Fritz hätte sich ebenfalls „den Mut zu einer Fußgängerzone“ und die dafür nötige Verlegung der Tiefgaragenzufahrt gewünscht. Statt einer Zone mit 20 km/h,

„in der keine Begegnung stattfinden kann“, wäre GR Mesut Onay (ALi) für ein 5-km/h-Limit. „Es hätte mehr Mut zu einer langfristigen und nachhaltigen Verkehrslösung gebraucht“, meinte KPÖ-Klubobfrau Pia Tomedi.

Durch die Verordnung einer Begegnungszone samt Wegfall der Ampeln werde der Zielverkehr in die Tiefgaragen „staufrei ablaufen“, ist hingegen StR Lutz überzeugt. Die große IKB-Baustelle habe bereits gezeigt, dass es ohne Ampeln funktioniere, meinte BM Anzengruber. Und im Unterschied zu früheren Projekten werde es hier von Anfang an eine „baulich umgesetzte“ Begegnungszone geben, betonte Stadträtin Janine Bex (Grüne) – wobei der nunmehrige Beschluss auch „jegliche Weiterentwicklung des Platzes“ in der Zukunft offenhalte.

► **Kosten:** In den voraussichtlichen Gesamtkosten von 8,99 Mio. Euro brutto sei bereits eine Reserve von 1 Mio. Euro inkludiert, führte StR Lutz aus. 2,7 Mio. Euro an Förderungen seien schon am Stadt-Konto, zudem suche man um weitere Mittel aus den „klimaaktiv“-Programmen an. Vize-BM Elli Mayr (SPÖ) betonte, dass das Projekt sehr „seriös aufgegleist“ sei, ihre Liste könne daher nun, anders als in der Vorperiode, zustimmen.

Für FPÖ-Klubobfrau Dengg ist hingegen zweifelhaft, ob die Kosten halten, auch die Höhe der Förderungen sei „völlig offen“. Ihr Klubkollege Rudi Federspiel sprach von „brutaler Steuergeldverschwendung“.

Liste-Fritz-Mandatarin Haselwanter-Schneider formulierte es emotional: „Neun Mio. Euro: Wisst ihr, wie viel Geld das ist, in Anbetracht dessen, wie es vielen Menschen in der Stadt geht?“

► **Wie geht es jetzt weiter?** Nach dem jetzigen Beschluss kommt es über den Sommer zur Ausschreibung, die Bauvorbereitung startet im Herbst. Geplanter Baubeginn ist dann im Frühjahr 2025 – und bis Herbst 2025 soll die „Piazza“ fertig sein. (md)

**PITZTAL**  
**GLETSCHER**  
**RIFFLSEE**

DEIN BERGSOMMER AM PITZTALER GLETSCHER & RIFFLSEE WARTET AUF DICH!

PITZTALER-GLETSCHER.AT

Einen ausführlichen Bericht zur Debatte im Gemeinderat lesen Sie hier:



www.tt.com





Foto: ECKK Landschaftsarchitektur/Schreiner Kastler

Der neue Bozner Platz, inklusive 31 Bäumen und Begegnungszone, wurde im Juli-Gemeinderat beschlossen

# Grünes Licht für Bozner Platz

Vor der Sommerpause traf sich noch einmal der Innsbrucker Gemeinderat, um über Anträge wie jenen der „Piazza“ abzustimmen. Diskutiert wurde viel, allerdings ziemlich friedlich.

**Zu** den Geburtswunden der Innsbrucker Regierung zählte auch die Frage: Was machen wir mit den unerledigten Anträgen des alten Gemeinderates? Die Aufregung war groß – 250 bereits abgestimmte, aber noch unerledigte Anträge wären – wie berichtet – für die Tonne gewesen, wenn die neue Regierung der Opposition nicht die Möglichkeit gegeben hätte, Anträge ihrer Wahl in die neue Periode „hinüberzuretten“ – sofern sie dem Koalitionsvertrag nicht widersprechen. 153 Anträge gingen ein, jene seitens der Koalition hat man abgezogen (wer in der Regierung sitzt, ist auf Anträge jener Art nicht angewiesen) –, die restlichen wurden dahingehend überprüft, ob sie eben mit dem „Zukunftsvertrag“ in Einklang sind oder nicht. Bei 58 war das der Fall, so viele Anträge werden also noch behandelt. 192 Anträge landen demnach im Papierkorb.

**N**un ist es hochhoffiziell: Das Drama hat ein Ende! Der Bozner Platz oder „Piazza“, wie ihn die Stadtregierung nennt, wurde gestern beschlossen. 10.000 Menschen gehen täglich über die „Visitenkarte“ von Innsbruck, kommen so vom Bahnhof zur Innenstadt. Kritik gab es natürlich trotzdem seitens der Opposition (über zwei Stunden lang), auch wenn die Stimmung im Vergleich zur letzten Legislaturperiode um ein Vielfaches respektvoller war. 31 Bäume (die noch größer werden müssen), versickerungsfähiger Boden und eine Begegnungszone sind die Eckpunkte. Wiese will die Stadtregierung keine. Rasenflächen seien wichtig, aber in Parks, nicht in der Innenstadt, wo so viele Menschen diese überqueren. Im Frühjahr 2025 soll – wie berichtet – mit dem Bau begonnen werden. Kritisiert wurde die Begegnungszone (20 km/h erlaubt), eine



## Tiroler Politik kurz notiert

Fußgängerzone (5 km/h erlaubt) wäre sinnvoller, findet die Opposition. „Damit könnte man 50% mehr Förderungen abholen“, strich ALI heraus. Gegen die Beschlussfassung stimmten die FPÖ, KPÖ, ALI, Liste Fritz und die Liste Tursky (beziehungsweise enthielten sich).

**D**as Thema der Aktuellen Stunde, ausgewählt von der Liste Fritz, lautete: „Wohnpreisabzocke stoppen: Spekulanten und Investoren einen Riegel vor-

schieben“. Liste Fritz: „Derzeit gilt in Innsbruck und Tirol: Wer nicht gewinnt und nicht viel erbt, dem bleibt Eigentum verwehrt“. Der „Zukunftsvertrag“ der Stadt sieht vor, dass bei Umwidmungen von Freiland ins Bauland 75% der Stadt zu Wohnbauförderungskonditionen zum Kauf angeboten werden müssen. Auch bei Bebauungsplanänderungen müssen 75% des Mehrwertes zu Wohnbauförderungskonditionen objektgefördert realisiert werden. So soll die Anzahl der Stadtwohnungen weiter erhöht werden. Derzeit sind von rund 87.000 Wohnungen 17.500 unter städtischer Vergabe. Beweisen darf sich die Regierung nun an einem Großprojekt in Amras, wo 140 neue frei finanzierte Wohnungen entstehen sollen. Hier wurde von Seiten der Anrainer eine Petition gegen das Projekt mit rund 600 Unterschriften übergeben. Nadine Isser

# 100 neue Wohnungen stehen leer

In fast jeder siebten 2023 fertig gestellten Wohnung in Innsbruck lebt niemand. Wird damit spekuliert? Stadt sieht Handlungsbedarf.

**Innsbruck** – In der Landeshauptstadt Innsbruck wird viel gebaut – davon aber auch viel für den Leerstand. Fast jede siebte Wohnung, die 2023 in Innsbruck neu errichtet wurde, steht leer. Das zeigen aktuelle Daten, die gestern von der Stadt Innsbruck veröffentlicht wurden: Von den 723 Wohnungen, die in Innsbruck im Vorjahr fertig gestellt wurden, standen zum Auswertungstichtag 1. Juli 2024 101 leer – also knapp 14 Prozent. Diese Wohnungen wiesen in den letzten sechs oder mehr Monaten durchgehend weder einen Haupt- noch einen Nebenwohnsitz auf.

Bei Neubau-Wohnungen ist die Leerstandsquote damit sogar überdurchschnittlich hoch: Insgesamt stehen nach bisherigen Erhebungen mehr als 3500 Wohnungen in Innsbruck leer, hochgerechnet auf den gesamten Gebäudebestand in der Stadt dürften es rund

7000 sein – ein Anteil von fast 9 Prozent.

Was auffällt: Über drei Viertel der leerstehenden Wohnungen sind im Besitz von Privatpersonen. Gerade diese hohe Anzahl zeige, „dass es hier Anreize braucht, um die Immobilien auf den Markt zu bringen“, sagt Bürgermeister Johannes Anzengruber („JA – Jetzt Innsbruck“). Die neue Stadtregierung will nun alle verfügbaren Instrumente einsetzen, von der Leerstandsabgabe bis zum Projekt „Sicheres Vermieten“. Zudem setzt man auf eine Hauptwohnsitzpflicht auf Raumordnungsebene – und generell auf deutlich verschärfte Raumordnungsregeln.

Die Liste Fritz fordert indes einmal mehr eine Überarbeitung des Örtlichen Raumordnungskonzepts: Dieses gehe von einem völlig falschen Bedarf aus. (TT, md)

Mehr auf Seite 23



# "No alla Piazza Bolzano di Caprese"

9. Juli 2024, 13:24 Uhr



Das neue Projekt kostet rund 9 Millionen Euro.

Foto: MeinBezirk

hochgeladen von [Georg Herr](#)

**Der Gemeinderat diskutiert einmal mehr die Neugestaltung des Bozner Platzes. Die neue Regierung wird das Projekt wohl durchwinken. Es gibt aber weiterhin Gegenstimmen gegen die rund 9 Millionen Euro teure Platzgestaltung.**

INNSBRUCK. Nachdem der Umbau des Bozner Platzes bereits neun Jahre lang im Gespräch ist, liegt jetzt ein weiteres Konzept der neuen Stadtregierung vor. Statt einer gesamten Pflasterung soll es rund um den Rudolfsbrunnen eine Fläche von rund 1.000 m<sup>2</sup> Kies geben. Kosten soll das Projekt rund 8,99 Millionen Euro. Der Baubeginn ist für März 2025 geplant, die Fertigstellung für Herbst 2025.



# Nein zum Projekt

Die Realisierung des Projekts um rund 9 Millionen Euro, einst mit einem Finanzrahmen von 3,5 Millionen Euro geplant, scheint beschlossene Sache. Die neue Regierung mit der Lista JA - Jetzt Innsbruck, Grüne und SPÖ verfügt im Gemeinderat über eine entsprechende Mehrheit. Bedenken, die in vergangenen Jahren geäußert wurde, sind derzeit nicht mehr aktuell. Gegenstimmen wird es im Gemeinderat zu diesem Projekt jedoch auch geben. Wie zum Beispiel die Stimmen der Liste Fritz. **Andrea Haslwanter-Schneider** und **Tom Mayer** erneuern das Nein zum Bozner Platz Projekt im Rahmen eines Pressegesprächs. Die Liste Fritz hat sich mehrfach gegen das Projekt ausgesprochen. **Die Bedenken gegen die Bozner Platz, von Haslwanter-Schneider und Mayer als "Piazza Bolzano die Caprese" tituliert, sind vielseitig. Neben der Kostenexplosion gibt es auch Alternativvarianten, die nicht nur günstiger sondern auch grüner sind.** In der jetzigen Form ist die Platzgestaltung ein Luxusprojekt.

"Für 9 Millionen Euro bekommt Innsbruck 31 Bäume, viel Pflaster, Holzbänke, eine Beleuchtung und viel Kies", schildert Haslwanter-Schneider. Schwerwiegende Probleme, wie die Frage der Verkehrssicherheit, sind beim Projekt nicht berücksichtigt worden.





Projektleiter Christian Müller vom Referat „Tiefbau – Planung“ erklärte 2019: **„Pro Tag ist der Bozner Platz mit rund 8.000 KFZ sowie 10.000 zu Fuß Gehenden frequentiert. Es gilt die Erreichbarkeit der Tiefgaragen aufrecht zu erhalten, die Aufenthaltsqualität zu steigern, Gastronomiebereiche zur Belebung des Platzes zu definieren, ausreichend Bäume zum Schutz vor Überhitzung, aber auch Lademöglichkeiten zu berücksichtigen und Anwohnerparkplätze an den umliegenden Straßenzügen unterzubringen.“** Die Liste Fritz stellt sich die Frage, wie bei einer derartigen Anzahl an Pkws sowie einer Haltestelle für fünf Busse die Verkehrssicherheit ohne Ampeln und Schutzwege gewährleistet werden kann.



Die Abstimmung im Gemeinderat sehen Haslwanter-Schneider und Mayer mit ein wenig Spannung entgegen. **"Die SPÖ hat sich ja einst, noch vor der GR-Wahl, klar definiert. Die Kosten des Projekts sind nicht weniger geworden, aber es scheint ein Umdenkprozess beider SPÖ eingesetzt zu haben"**, erinnert Haselwanter-Schneider an die neue Koalitionstreue der SPÖ. Für die Liste Fritz ist aufgrund vieler Fragen, fehlender Lösungskompetenz und negativen Beispielen, wie dem Landhausplatz, eine Zustimmung im Gemeinderat nicht möglich.

# Telfs ebnet Weg für Türme-Hotel

Gutachten warnt vor verbotener  
Aufstockung der Bettenzahl bei  
umstrittenem Apartment-Hotel.  
Kritiker sehen sich bestätigt.

Von Max Strozzi

**Telfs** – Vier Türme mit 15 Apartments, dazu acht Personalwohnungen, Swimmingpool, Wellness, Restaurant und Tiefgarage: So sieht das umstrittene Luxus-Apartmenthotel „4 Trees“ aus, das Investoren in Telfs-Mösern neben dem neuen Standort der Friedensglocke errichten wollen. Nach jahrelangen Kontroversen wurde unlängst der Baubescheid ausgestellt.

In dem Hotel sind maximal 60 Gästebetten erlaubt, 54 Betten sind geplant. Im Baubescheid wird mit Verweis auf ein Gutachten aber vor einer Aufstockung der Bettenzahl gewarnt. Dort wird festgehalten, „dass aufgrund der Größenordnung der Gäste-Apartments (jeweils rund 110 m<sup>2</sup>) je nach Einrichtung eine Aufstockung der Bettenzahl nicht ausgeschlossen werden kann“. Und weiter: „Die Aufstellung zusätzlicher temporärer Schlafmöglichkeiten (z. B. Ausziehcouch) ist nicht zulässig und bildet einen Widerspruch zum Flächenwidmungsplan.“

„*Touristiker sagen regelmäßig, dass neue Hotels unter 150 Betten nicht wirtschaftlich zu führen sind.*“

Markus Sint (Liste Fritz)

Kritiker wie Liste-Fritz-Klubobmann Markus Sint fühlen sich durch die Betten-Warnung bestätigt. Sint bezweifelt, dass sich ein neues Hotel mit nur 54 Betten rechnen kann, und sieht sich in seiner Skepsis durch LR Mario Gerber (ÖVP) bestärkt. Der Tourismus-Landesrat, selbst Hotelier, hatte in einer Landtagsdebatte ganz generell zum Thema Betten-

zahl ausgeführt, dass ein neues Hotel auf grüner Wiese mindestens 150 Betten benötige, um sich zu rechnen. „Statt der Friedensglocke sollten in Telfs die Alarmglocken läuten“, sagt Sint: „Ich fürchte, dass entgegen allen Beteuerungen ein Investorenmodell entsteht und Apartments an Anleger verkauft werden sollen, mit der Gefahr illegaler Freizeitwohnsitze.“

„*Da es sich um ein Luxushotel handelt, erwarten wir nicht, dass Beistellbetten hinzugeschwindelt werden.*“

Christian Härting (BM Telfs)

Ein Investorenmodell hatten die Errichter sowie der Telfer Bürgermeister Christian Härting bereits ausgeschlossen. Angesprochen auf die Betten-Warnung sagt Härting: „Da es sich um ein Hotel im Luxussegment handelt, erwarten wir nicht, dass Beistellbetten hinzugeschwindelt werden, die im Fall einer behördlichen Kontrolle wieder kurzfristig entfernt werden müssten.“

Auch hier äußert Sint Bedenken. Denn im Entwurf des Raumordnungsvertrags wurde festgehalten, dass die Gemeinde eine Kontrolle 24 Stunden vorher anmelden muss. Und der endgültige Raumordnungsvertrag werde geheim gehalten. Härting dazu: „Sobald der Baubescheid rechtskräftig ist, wird der Raumordnungsvertrag verbüchert und damit öffentlich einsehbar.“

Die TT wollte von der Errichtergesellschaft Lion Hill Invest, die einer deutschen Pharmafamilie und einem Tiroler gehört, eine Stellungnahme einholen. Trotz mehrerer Versuche war niemand erreichbar.



# Viel Leerstand in Neubauten

Angesichts einer Leerstandsquote von 14 % bei im Vorjahr neu errichteten Wohnungen will die Stadtpolitik reagieren – mit Anreizen, aber auch strengen Raumordnungsregeln.

Von Michael Domanig

**Innsbruck** – 723 neu errichtete Wohnungen im Jahr 2023, von denen zum Auswertungstichtag am 1. Juli 2024 101 (also fast 14%) leer standen: Diese gestern von der Stadt Innsbruck veröffentlichten Zahlen unterstreichen, wie weit hier beim Thema Wohnen die politischen Ziele (mehr leistbarer Wohnraum) und die Realität (teils spekulativer Wohnbau) auseinanderklaffen.

„**Erst unsere genauen Statistiken ermöglichen eine treffsichere Steuerung der Wohnungspolitik.**“

Johannes Anzengruber  
(Innsbrucker Bürgermeister)

Laut Statistik standen von den 101 Wohnungen 78,2% im Eigentum von Privatpersonen, 17,8% entfielen auf den Eigentübertyp „Unternehmen (gewerblicher Bauträger)“. Nur eine einzige der leer stehenden Neubau-Wohnungen war im Besitz einer gemeinnützigen Bauvereinigung. Knapp vierzig Prozent sind Zweizimmerwohnungen, dahinter folgen Wohnungen mit drei oder vier Räumen (je ca. 25%).

## Hilfe beim Vermieten

Gerade angesichts der hohen Anzahl an leer stehenden Wohnungen von Privatpersonen brauche es „Anreize, um die Immobilien auf den Markt zu bringen“, betont Bürgermeister Johannes Anzengruber („JA – Jetzt Innsbruck“).

Ziel sei, mit Maßnahmen wie etwa der Initiative „Sicheres Vermieten“ einen Großteil der fertig gestellten und aktu-



In Innsbruck wird weiterhin an vielen Ecken gebaut (Symbolbild). Doch nicht wenige der neu errichteten Wohnungen sind unbewohnt – ein Großteil davon steht im Eigentum von Privatpersonen.

Foto: TT/Rita Falk

ell leer stehenden Wohnungen dem Wohnungsmarkt zuzuführen, sagt Stadträtin Janine Bex (Grüne). Das genannte Projekt, vom Land Tirol und der Tigewosi getragen, soll privaten Vermietern Unsicherheiten und Probleme abnehmen, einen angemessenen Mietzins garantieren und so Leerstand mobilisieren helfen.

Zur Schaffung von leistbarem Wohnraum wolle man „alle Instrumente von der Leerstandsabgabe bis zum Leerstandsmonitoring“ nüt-

zen, versichert Anzengruber, ebenso alle gesetzlichen Möglichkeiten etwa bei der Baulandmobilisierung.

## „Härteste Regeln Tirols“

Die mehr als brisante Lage am Innsbrucker Wohnungsmarkt war auch im Gemeinderat am Donnerstag ein zentrales Thema: In der von der Liste Fritz vorgegebenen aktuellen Stunde („Wohnpreisabzocke stoppen: Spekulanten und Investoren einen Riegel vorschieben“) zeigten

sich die Vertreter der Dreierkoalition aus JA, Grünen und SPÖ überzeugt, den richtigen Weg eingeschlagen zu haben.

Man habe im Zukunftsvertrag „die weitreichendsten und härtesten Raumordnungsregeln Tirols“ paktiert, erklärte SPÖ-Klubobmann Benjamin Plach. Der neue Gemeinderat werde „viel Gelegenheit haben“, bei Bebauungsplanänderungen und Widmungen Flagge zu zeigen. Das Wohnbau-Großprojekt in Amras, wo Pema/UBM ca. 140

frei finanzierte Wohnungen planen, nannte Plach hier als „erste Bewährungsprobe“.

Auch Konrad Kirchbner (JA) verwies auf die sehr ambitionierten Pläne der Koalition, wonach künftig bei Umwidmungen von Freiland in Bauland 75% des neuen Baulands der Stadt zu Wohnbauförderungskonditionen zum Kauf angeboten werden sollen und auch bei Bebauungsplanänderungen eine strenge „Mehrwertregel“ greifen soll.

Leerstand will die Stadtregierung im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten auch mit einer Hauptwohnsitzpflicht auf Raumordnungsebene bekämpfen. Zu diesem Aspekt gibt es ebenfalls aktuelle Zahlen: Von jenen 2023 neu errichteten Wohnungen, die belegt sind, gibt es in rund einem Fünftel nur (einen oder mehrere) Nebenwohnsitze.

„**Wir werden viel Gelegenheit haben, bei Bebauungsplanänderungen und Widmungen Flagge zu zeigen.**“

Benjamin Plach  
(SPÖ-Klubobmann)

Die Liste Fritz erneuert derzeit ihre Forderung nach einer sofortigen Überarbeitung des Örtlichen Raumordnungskonzepts (Öroko): Dessen Parameter würden „schon lange nicht mehr stimmen“, sagt GR Andrea Haselwanter-Schneider. Während das Öroko davon ausgehe, dass Innsbruck bis 2030 um bis zu 13.500 Einwohner wächst und deshalb bis zu 9000 neue Wohnungen nötig sind, sei in der Realität das Gegenteil der Fall: „Innsbruck stagniert seit 2016.“



**Die Tourismusabgabe neu befindet sich aktuell in der Begutachtung. Die Kritik am Entwurf bleibt weiterhin. Der Obmann der Tiroler Baumeistergenossenschaft, Anton Larcher, spricht von einer Mogelpackung. Rund um das Öztaler Wasser gibt es einen politischen Schlagabtausch.**

INNSBRUCK. **Anton Larcher**, Obmann der Tiroler Baumeistergenossenschaft kritisiert die Neuaufstellung der Tourismusabgabe massiv und bezeichnet diese als „Mogelpackung“. Larcher ärgert sich dabei vor allem über die nicht nachvollziehbare Berechnungsmethode, die teils zu Mehrfachabgaben führt und damit die Unternehmen ungerechtfertigt belastet. In seiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Austria Bau für Tirol und Vorarlberg – einer Einkaufsgenossenschaft für 34 renommierte Bauunternehmen – hat Larcher dazu auch ein Beispiel aus der Praxis parat: **„Die Austria Bau kauft für die Baumeister ein und behält sich dafür maximal zwei Prozent der jährlichen Umsatzsumme von ca. 65 Millionen Euro für Organisation und Verwaltung ein. Damit beträgt der effektive Umsatz lediglich ca. eine Million Euro, der Rest wird an die einzelnen Mitglieder weiterverrechnet.“** Das Problem sei, dass das Land Tirol für die Berechnung der Tourismusabgabe die gesamte Umsatzsumme als Basis heranziehe, obwohl diese nicht bei der Austria Bau verbleibe. „Zudem müssen ja auch die einzelnen Mitgliedsbetriebe die Abgabe entrichten, weshalb es zu einer völlig ungerechtfertigten Doppel- und Mehrfachbelastung kommt“, kritisiert Larcher. **Die Verantwortlichen hätten nun die Möglichkeit gehabt, solche Ungerechtigkeiten zu beseitigen und eine nachvollziehbare und faire Lösung auf den Tisch zu legen. „Dass dies nicht passiert ist, ist enttäuschend und ein kompletter politischer Flop!“**



# Öztaler Wasserstreit

„Genau heute vor einem Monat haben die Bürger von Sölden mit 96% unmissverständlich Nein zu den Wasserableitungen aus dem Ötztal gesagt, bei einer hohen Wahlbeteiligung von rund 60%. Neben den Bürgern von Sölden stehen aufrechte Beschlüsse der Grundbesitzer, Agrargemeinschaften, Alpenvereine, der Tourismusverbände und der ÖVP-geführten Gemeinden. **All diese Menschen im Ötztal werden jetzt vom Landesunternehmen TIWAG und von Landeshauptmann und Eigentümervertreter Anton Mattle eiskalt für dumm verkauft. Im vergangenen Monat hat die TIWAG keinen neuen und veränderten Genehmigungsantrag bei der Behörde für ihr Mega-Kraftwerksprojekt Kaunertal gestellt, für das sie das Wasser aus dem Ötztal ableiten will.** Die TIWAG will nämlich auch gar nicht auf das Wasser aus dem Ötztal verzichten, das hat sie klargestellt, Volksbefragung, Bürgerentscheid, Beschlüsse hin oder her! Das ist eine bodenlose Frechheit eines Landesunternehmens und eine politische Niederträchtigkeit der regierenden ÖVP im Zusammenspiel mit der am Schoß sitzenden SPÖ!“, erklärt Liste Fritz-Klubobmann **Markus Sint** in einer Aussendung.

## Konter der VP

„Die Liste Fritz macht unbegründete Vorwürfe und zeigt fehlendes Verständnis für Energiepolitik“, erklärt VP-Energiesprecher **Martin Mayerl**. Das klare Statement von Landeshauptmann Anton Mattle bleibt bestehen: **Die Tiwag bereitet die nächste Genehmigungsstufe für die Speicherkapazitäten im Platzertal ohne Wasserableitungen aus dem Ötztal vor.** „Die Tiwag hat eindeutig betont, dass der Schwerpunkt der Erweiterung des Kraftwerks Kaunertal auf den dringend benötigten Speicherkapazitäten liegt.“ Mayerl zufolge will Sint das Kraftwerk Kaunertal unbedingt stoppen, wie dieser selbst sagte. „Halbwahrheiten, Unterstellungen und Verunsicherungstaktiken sind fehl am Platz“, so Mayerl abschließend.

# „Defizit durch Kindergarten“

Elternpaar aus Innsbruck schlägt Alarm. Nachwuchs soll mehr Fehler bei Sprache machen als noch vor einem Jahr. „Weil praktisch alle im Kindergarten Migrationshintergrund haben.“

Nach dem ersten Jahr in einem städtischen Kindergarten in Innsbruck macht unser Kind mehr sprachliche Fehler als davor.“ Mit diesen Worten meldete sich ein Elternpaar bei der „Krone“. Warum der Nachwuchs diese Fehler mache, dazu haben Mutter und Vater eine Vermutung: „Neben unserem Kind gab es nur ein weiteres, das Eltern ohne Migrationshintergrund hat.“ Da es sich das Paar finanziell leisten kann, wird das Kind nach dem Sommer in einen privaten Kindergarten wechseln.

## Liste Fritz für Kurs-Pflicht, FPÖ fordert dichte Grenzen

Die „Krone“ hat ÖVP-Landesrätin Cornelia Hagele (siehe unten) und die im Gemeinderat vertretenen Parteien um eine Stellungnahme zu diesen Schilderungen

„  
*Wir sagen seit Jahren, dass verpflichtende Deutschkurse der Schlüssel zu gelungener Inklusion sind.*

Andrea Haselwanter-Schneider

*Die Politik der offenen Grenzen und der Kontrollverzicht bei der illegalen Migration haben diese Zustände gebracht.*

Fabian Walch

gebeten. SPÖ-Vizebürgermeisterin Elli Mayr sagt, dass „die Herausforderungen für Kinder am größten sind, wenn die Faktoren Ar-

mut, Bildungsferne der Eltern und Deutsch nicht als Erstsprache zusammenkommen. Es braucht daher alle Maßnahmen, die dafür sorgen, dass Bildung und Sprachförderung von Anfang an bereitstehen“. Zudem brauche es eine Stadtplanung und Wohnungsvergabe, „die darauf achten, dass sich einseitige Entwicklungen der vergangenen Jahre nicht verschärfen“.

Indes meint Andrea Haselwanter-Schneider von der Liste Fritz, dass „wir seit Jahren sagen, dass verpflichtende Deutschkurse für Kinder, Jugendliche, aber auch erwachsene Menschen, die zu uns kommen, der Schlüssel zu gelungener Inklusion sind. Was unsere Kindergärten betrifft, müssen wir den Hebel bei den Kindern und den Eltern ansetzen – nach dem Motto ‚fördern und for-

dern‘. Die Kinder im Kindergarten brauchen eine spezielle Frühförderung, damit sie Defizite in Deutsch aufholen können. Von den Eltern müssen wir einfordern, dass auch sie Deutsch lernen. Außerdem müssen wir ein Auge auf mögliche Clusterbildungen in den Kindergärten haben“.

Lucas Krackl vom Klub Das Neue Innsbruck betont, dass „die seit sechs Jahren und auch in dieser Periode zuständige Stadträtin Elli Mayr hier gefragt ist, schnell tätig zu werden. Ein ausgeglicheneres Verhältnis ist Voraussetzung dafür, dass kein Kind zurückbleibt. Um dies zu erreichen, sind gute Konzepte und Handlungswillens erforderlich. Dafür brauchen die Einrichtungen auch die Ressourcen“.

„Die Politik der offenen Grenzen und der Kontroll-



In Innsbruck gibt es derzeit 30 städtische sowie 33 private Kindergärten (Symbolfoto)

verzicht bei der illegalen Migration haben zu diesen Zuständen geführt“, ist sich Fabian Walch von der FPÖ sicher, „zuerst müssen die Grenzen dichtgemacht und weiterer unkontrollierter

Zuzug gestoppt werden. Dann müssen die Altlasten aufgearbeitet werden und all jene abgeschoben werden, die keinerlei Bleiberecht haben und kriminell geworden sind.“

Die Alternative Liste Innsbruck meint, dass man ohne Hintergründe kein Statement abgeben könne. Die Anfrage an die anderen Parteien blieb unbeantwortet. Manuel Schwaiger



# Kritik an Postenbesetzungen des Landes

Die jüngsten Bestellungen von Bezirkshauptleuten durch die Landesregierung sorgen aktuell für Diskussionen. Die Opposition des Landtages ortet „Postenschacher“ im Umfeld der ÖVP und spricht von mangelnder Chancengleichheit. Das Land Tirol hingegen betont eine transparente Vergabe.

13. Juli 2024, 6.12 Uhr |



Sie gehören zu den höchsten Verwaltungsstellen des Landes: die Leitungsposten in den Bezirkshauptmannschaften. Die Bezirkshauptmänner und -frauen sind Vorgesetzte von zahlreichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Allein in der BH Kufstein sind etwa 180 Personen beschäftigt. Dort wurde am Dienstag ein neuer Leiter offiziell ins Amt eingeführt – mehr dazu in **Berek neuer Bezirkshauptmann von Kufstein**.

Auch die BH Innsbruck (Bezirk Innsbruck-Land) erhielt diese Woche eine neue Chefin. Nach einem „Fehlverhalten“ trat der bisherige Bezirkshauptmann Michael Kirchmair nicht zu einer Wiederwahl an. Stattdessen bestellte die schwarz-rote Landesregierung am Donnerstag Kathrin Eberle zu seiner Nachfolgerin – mehr dazu in **Kathrin Eberle ist neue Bezirkshauptfrau**. Die BH gilt überhaupt als die größte in ganz Österreich. Kirchmair selbst soll im Land eine neue Aufgabe rund um die Agenden Wohnen übernehmen, wie es heißt.

## Abwerzger: „ÖVP-Familie kommt zum Zug“

Der FPÖ, der Liste Fritz, den Grünen und NEOS stoßen diese Besetzungen sauer auf. Sie sprechen von „Postenschacher“. „In Amerika gibt es ja offenbar auch oft die Erbpacht auf das Präsidentenamt und da ist es so, dass aus der Familie ÖVP und aus der näheren Familie von Landesräten die Leute zum Zug kommen“, sagte FPÖ-Klubchef Markus Abwerzger.



Die neue Bezirkshauptfrau von Innsbruck-Land, Kathrin Eberle, ist die Tochter von Ferdinand Eberle (ÖVP). Er war zwischen 1989 und 2005 unter anderem Landesrat für Finanzen und Landeshauptmann-Stellvertreter. Seine Tochter leitete zuletzt mehrere Jahre lang die Abteilungen Pflege und Soziales im Land. Davor sei sie im Büro von Ex-Landeshauptmann Günther Platter tätig gewesen, hieß es von der Opposition.

## **Berek: „Normale Ausschreibung“**

Auch der neue Kufsteiner Bezirkshauptmann, Kurt Berek, arbeitete vor seinem Wechsel in die Landesverwaltung in einem Regierungsbüro. Ab 2018 war Berek vier Jahre lang für Platter tätig. Anschließend übernahm er in der BH Innsbruck die Leitung des Referats für Sicherheit und Aufenthalt sowie die Funktion des stellvertretenden Bezirkshauptmanns.

Im Rahmen seiner offiziellen Amtseinführung am Dienstag sagte Berek zur Kritik, dass er als ehemaliger Büromitarbeiter der ÖVP nahestehe: „Ich sehe das so, dass eine ganz normale Ausschreibung stattgefunden hat, auf die hat sich jeder Jurist im Landesdienst bewerben können.“ Dementsprechend sei er dann aus dem Hearing und mit Beschluss der Landesregierung als Kandidat hervorgegangen.

## **Liste Fritz sieht fehlende Chancengleichheit**

Andrea Haselwanter-Schneider von der Liste Fritz möchte Berek und Eberle nicht die Qualifikation absprechen. Es handle sich sicher um geeignete Leute, räumte sie ein. Dennoch sieht sie eine Schieflage bei der Chancengleichheit für Personen ohne Nähe zur Regierung. „Ich halte es auch für schwierig, wenn man aus diesem politischen Dunstkreis kommt, dann in die unabhängige Verwaltung zu wechseln“, so Haselwanter-Schneider.

Ende Juni wurde auch die Leitung der Bezirkshauptmannschaft Lienz neu besetzt – mehr dazu in **Heinricher neue Bezirkshauptfrau von Lienz**. Dazu äußerte sich die Opposition nicht. Insofern sind nicht alle Besetzungen der BHs umstritten.



## Zuletzt immer wieder ÖVP-nahe Bezirkshauptmänner

In den vergangenen Jahren kam es aber immer wieder zu Postenvergaben an Personen aus dem näheren Umfeld von Regierungsparteien, insbesondere der ÖVP. Wie die „Tiroler Tageszeitung“ berichtet hatte, wechselte Andrä Fankhauser kürzlich in die BH Innsbruck. Fankhauser leitete davor das Büro von Landeshauptmannstellvertreter Josef Geisler (ÖVP).

Im Vorjahr wurde der langjahrigere Bürgermeister von Zams, Siegmund Geiger, zum Bezirkshauptmann von Landeck bestellt. Geiger war seit 1990 als Jurist in der BH tätig. 2006 stieg er zum Stellvertreter auf. Nach elf Jahren als Ortschef der Gemeinde Zams, die er mit einer ÖVP-Liste führte, wurde er 2021 zum Bezirkshauptmann bestellt.



folgte 2023 auf Markus Maaß als neuer Bezirkshauptmann von Landeck

Auch der Vorgänger von Kurt Berek, Christoph Platzgummer, stand der ÖVP nahe. Bevor er zum Kufsteiner Bezirkshauptmann nominiert wurde, kandidierte er 2012 bei der Innsbrucker Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl für die ÖVP. Damals unterlag er der späteren Bürgermeisterin Christine Oppitz-Plörer (Für Innsbruck) in der Stichwahl.



## **Land bekräftigt „größtmögliche Transparenz“**

Zur Kritik an den jüngsten Besetzungen war mit Landesamtsdirektor Herbert Forster oder dem zuständigen Personalreferenten und Landeshauptmann Anton Mattle (ÖVP) kein Interview möglich. In einer schriftlichen Stellungnahme teilte das Land Tirol mit: „Die Ausschreibungen bzw. das Bewerbungsverfahren für die Funktion einer Bezirkshauptfrau oder eines Bezirkshauptmannes erfolgt – wie bei allen Stellen im Landesdienst – im Sinne der größtmöglichen Transparenz.“

Die Stellen würden über mehrere Wochen ausgeschrieben werden. Für die Bewerbung gebe es klare Voraussetzungen. Dazu gehören beispielsweise der erfolgreiche Abschluss eines mindestens vierjährigen Jura-Studiums oder die Ablegung von Dienstprüfungen. Besonderes Augenmerk liege darüber hinaus auf Führungsqualitäten und Erfahrungen im Landesdienst.

An der Transparenz besteht seitens des Landes somit kein Zweifel. Wer die formalen Bedingungen erfüllt, werde zu einem Hearing eingeladen, bekräftigt das Land. Darin seien unter anderem die Gleichbehandlungskommission sowie die zentrale Personalvertretung anwesend. Sie würden über die Eignung beraten. Die Entscheidung über die Postenbesetzung fällt letztlich durch die Landesregierung. Insofern sei sie auch demokratisch legitimiert.

## **NEOS ortet mangelhafte Ausschreibung**

Dass die Entscheidungen unter „größtmöglicher Transparenz“ fallen, sieht die Opposition anders. Das liegt vor allem daran, dass die Ausschreibung lediglich im Intranet des Landes, also intern, bekanntgegeben wurde. Insgesamt bewarben sich laut dem Land zwei Personen für die Stelle.

Für NEOS-Klubobmann Dominik Oberhofer ist das ein Ausdruck von Intransparenz. „Man sagt zwar dann vom Land Tirol immer, ‚naja das werden eh die Beamtinnen und Beamten über die Flurpost mitbekommen‘, aber das kann doch nicht unser Anspruch sein.“



Zusätzlich bemängelt Oberhofer den Zeitraum der Ausschreibung. Im Fall der Stellenausschreibung der BH Innsbruck sei als Dienstbeginn der 1. Juli angegeben worden. Man habe sich aber bis zum 7. Juli bewerben können. „Das ist ja skurril, so eine Ausschreibung ist ja dem Land Tirol nicht würdig“, so Oberhofer. Ähnliche Mängel ortete Andrea Haselwanter-Schneider von der Liste Fritz.

## **Grüne kündigen Antrag an**

Für Grünen-Klubchef Gebi Mair ist nun das Maß voll. Ihm reiche es jetzt wirklich, wenn er sich die Besetzungen der Bezirkshauptmannschaften, beim Landesverwaltungsgericht oder bei der Neuen Heimat Tirol ansieht. „Irgendwann ist es genug, wir brauchen ein Objektivierungsgesetz und wir brauchen eine Cooling-Off-Phase für politische Mitarbeiter“, sagte Mair. Das werde er mit den Grünen auch entsprechend beantragen, „damit nicht immer nur ‚La Familia‘ zum Zug kommt“, wie er sagte.

Die Büros und die Verbindungen im Innsbrucker Landhaus werden demnach wohl noch länger für Gesprächsstoff sorgen. Das Einstiegsgehalt für Bezirkshauptleute beträgt übrigens rund 8.700 Euro brutto.

# Die Blauhelme und die Politik

## Friedenssoldaten waren beim Sommerfest der Liste Fritz zu Gast

Aufgrund ihrer vorbildlichen und vielbeachteten karitativen Aktivitäten wurden die beiden ehemaligen UN-Soldaten und Funktionäre der Vereinigung Österreichischer Friedenssoldaten, Gerhard Dujmovits aus Götzens und Franz Köfel aus Völs von der „Liste Fritz“ zu deren gut besuchten Sommer-Grillfest eingeladen.

### „Danke“ von politischer Seite

„Es war uns ein Anliegen, ein sichtbares Zeichen zu setzen und den beiden Ex-UN-Soldaten Gerhard Dujmovits und Franz Köfel, stellvertretend für jene vielen tausenden österreichischen UN-Soldaten, die in den verschiedenen Krisen- und Kriegsgebieten im Einsatz standen und stehen, von politischer Seite „danke“ zu sagen. Wir wollten damit ihre wichtigen Einsätze für den Frieden entsprechend anerkennen und



**Gute Laune beim Sommerfest: Markus Sint, Presseoffizier Franz Köfel und Präsident Gerhard Dujmovits (v.l.n.r)**

privat

würdigen“, brachte der Repräsentant und Landtagsabgeordnete der „Liste Fritz“, Markus Sint, den Sinn dieser Einladung auf den Punkt. „Zudem wohnt der Präsident der Österreichischen Friedenssoldaten, Gerhard Dujmovits, in meiner Heimatgemeinde Götzens. Mit dem Völser Ex-Gemeinderat Franz Köfel habe ich während

seiner Gemeinderatstätigkeit einige gemeinsame parteiübergreifende Aktivitäten durchgeführt.“

Die beiden Ex-Blauhelme waren von der Geste begeistert. „Wir freuen uns sehr über diese Anerkennung, die wir stellvertretend für unsere Kameraden entgegengenommen haben,“ so Gerhard Dujmovits.



# Was ist der konkrete Inhalt?

## Landtagsanfrage zur „Venet“-Übernahme durch Pletzer

(dgh) Die mehrheitliche Übernahme der Venet Bahn durch die Pletzer Beteiligungsgesellschaft ist auch landespolitisch Thema: Die Liste Fritz will wissen, wie's abgelaufen ist und möchte eine Veröffentlichung der Unterlagen.

„Nachdem sich mehrere Bürger mit offenen Fragen und Kritik zur Übernahme der Venet Bergbahnen AG durch die Pletzer Beteiligungsgesellschaft an uns gewandt haben, haben wir dazu gestern eine 26 Fragen umfassende schriftliche Landtagsanfrage an Landeshauptmann Anton Mattle und Tourismuslandesrat Mario Gerber eingebracht“, erklärt Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint.

**26 FRAGEN.** Er stellt 26 Fragen, nachdem sich die Stadt Landeck, die Gemeinde Zams und der Tourismusverband TirolWest mehrheitlich für den Einstieg der Pletzer Beteiligungs-GmbH ausgesprochen haben und 10,5 Millionen zur Sanierung der Bahn beitragen werden. „Was ist der konkrete Inhalt dieses ‚Letter of Intent‘ und ist er allen Gemeinderatsmitgliedern in Landeck und Zams sowie dem beschlussfassenden Gremium des Tourismusverbandes TirolWest in vollem Umfang vor-

gelegen und bekannt gewesen? Wer Millionen Steuergelder freigeben soll, muss alle Unterlagen kennen und genau wissen, worauf er sich einlässt!“, stellt Sint fest. Ohne konkrete und vollumfängliche Kenntnis der Sachlage könnten derartige Millionen-Finanzspritzen mit Steuergeld durch Gemeinde und Tourismusverband gar nicht gültig sein, erklärt der Liste-Fritz-Klubobmann. Der „Letter of Intent“ sei öffentlich zu machen, verlangt Sint. Und auch die Rolle der Landesregierung sei in Sachen Venet Bergbahn zu beleuchten: „Wir geben nichts auf die vielen kursierenden Gerüchte, sondern wollen Fakten auf den Tisch. Sind in Zusammenhang mit diesem Deal Gelder des Landes in Form von Bedarfszuweisungen, Förderungen oder sonstigem zugesagt oder bereits geflossen? Weil es ums Steuergeld der Bürger geht, haben sie ein Recht zu wissen, was mit ihrem Steuergeld passiert!“

# Land Tirol will Einbindung

## Zweigleisiger Bahnausbau im Oberland

(ch) Nun also doch. Auf Initiative der Liste Fritz hat der Landtag beim Thema zweigleisiger Ausbau der ÖBB im Oberland einstimmig beschlossen, alle Interessensgruppen ins Boot zu holen. Der Landtag verlangt Einbindung bei Trassenführung in Mils bei Imst.

Der zweigleisige Bahnausbau im Tiroler Oberland sorgt beim Bürgermeister und der Bevölkerung von Mils bei Imst für Verunsicherung. Grund ist eine mögliche Trassenvariante, die nicht auf der bereits bestehenden Zugtrasse südlich des Inns verlaufen soll, sondern über den Inn mitten durch den geschützten Landschaftsteil der Milser Au, mitten durch landwirtschaftlich genutzte grüne Wiesen und mitten durchs Dorf Mils selbst. Für Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint wäre diese neue Zugtrasse ein Supergau für die betroffene Bevölkerung, die Landwirtschaft und auch den Naturschutz. „Auf Einladung von Bürgermeister Bernhard Schöpf haben wir uns das als Liste Fritz vor Ort angeschaut und erkannt, dass diese Trassenführung ein blanker Unsinn wäre. Eine Schnapsidee! Mir war klar, dass hier akuter Handlungsbedarf besteht, weshalb wir einen entsprechenden Dringlichkeitsantrag eingebracht haben, den der Landtag gestern Abend in abgeänderter Form einstimmig beschlossen hat! Ein wichtiges Signal“, erläutert Markus Sint.



Erhält Unterstützung vom Landtag: Markus Sint von der Liste Fritz. Foto: LF

verlangt, dass bei der Trassenplanung alle einzubinden sind und nicht einfach über die Köpfe der Bevölkerung und über die Gemeinde hinweg geplant werden kann. Ich hätte mir aber noch eine klarere Ablehnung dieser möglichen Trassenführung durch das landschaftliche Schutzgebiet Milser Au, durch die landwirtschaftlich genutzten Felder und mitten durchs Dorf gewünscht und auch erwartet. Schließlich hat die Sorge vor dieser unsinnigen Trassenführung ja der ÖVP-Bürgermeister von Mils bei Imst aufgezeigt, unsere Unterstützung hat er“, hält Sint fest, für den der Beschluss aber in die richtige Richtung geht.

**LÄRMSCHUTZ SILZ.** „Wichtig ist, dass der Landtag auf Initiative der Liste Fritz rechtzeitig und frühzeitig ein Signal in Richtung ÖBB gesetzt hat. Der gefasste Beschluss ist ein Auftrag für die Landesregierung. Der zweigleisige Bahnausbau im Oberland darf auch nicht ohne entsprechenden Lärmschutz erfolgen. Ich habe die schwarzrote Landesregierung auch auf den noch immer fehlenden Lärmschutz in der Gemeinde Silz hingewiesen und erwarte mir hier klare Ansagen von Landeshauptmann Mattle und Landesrat Zumtobel. Die Blockade des Silzer Bürgermeisters gegen den Lärmschutz ist unverständlich und unverantwortlich, sie muss ein Ende haben! Die Gesundheit der Bürger und Bürgerinnen steht im Vordergrund. ÖBB und Land Tirol wollen den Lärmschutz, dann darf ein Bürgermeister nicht länger blockieren!“, unterstützt Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint auch die betroffene Bevölkerung in Silz.

A red rectangular advertisement for 'la CUCINA' restaurant. It features a QR code in the top left corner and a photograph of a plate of food in the top right. The text 'la CUCINA' is written in a stylized font, with 'RISTORANTE . CAFFÈ . BAR' underneath. At the bottom, it says 'AT SPORTLERS LODGE SÖLDEN DORFSTRASSE 202' and 'RISTORANTE.LACUCINA.AT'.

**LANDTAG MIT IM BOOT.** „Wir wollten, dass Landtag und Landesregierung Farbe bekennen, das ist jetzt gelungen!“, erklärt Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint. Der Landtag ist dem Antrag der Liste Fritz gefolgt und hat sich klar für den zweigleisigen Bahnausbau im Oberland ausgesprochen, aber auch für eine Einbindung aller relevanten Betroffenen bei der Planung der Trassenführung. Der Landtag fordert die Landesregierung nämlich auf, mit dem zuständigen Ministerium und den ÖBB Gespräche aufzunehmen, um sicherzustellen, dass bei der Wahl der Trassenführung alle relevanten Interessensgruppen wie auch die Bevölkerung miteingebunden werden. „Ich bin froh, dass der Landtag einstimmig ein Zeichen gesetzt hat und

10./11. Juli 2024



## **Fritz-Klubobmann Sint: „Die Übernahme der Venet Bergbahnen AG durch die Pletzer Beteiligungsgesellschaft wirft Fragen auf.“**

LANDECK, **HOPFGARTEN**. Nachdem sich Bürger mit offenen Fragen und Kritik zur Übernahme der Venet Bergbahnen AG durch die Pletzer Beteiligungsgesellschaft an die Liste Fritz gewandt hatten, hat diese eine 26 Fragen umfassende schriftliche Landtagsanfrage an LH Anton Mattle und LR Mario Gerber eingebracht.

### **Pletzer-Einstieg**

Im April hatten sich die Verantwortlichen (Gde. Landeck, Zams, TVB Tirol West) für den Einstieg der Pletzer Gruppe ausgesprochen. 80 % der Anteile wurden abgetreten. Zudem beinhaltet der Deal auch die Bereitstellung von 10,5 Millionen € durch die Gemeinden und den TVB. Basis dafür war ein „Letter of Intent“. Die Liste Fritz will nun die konkreten Inhalte dieser Absichtserklärung wissen.

„Wer Millionen Steuergelder freigeben soll, muss alle Unterlagen kennen und genau wissen, worauf er sich einlässt. Wir wollen keine Gerüchte, sondern Fakten am Tisch“,

so Klubobmann Markus Sint. Auch die Bürger hätten ein Recht zu wissen, was mit ihrem Steuergeld passiert. Alle Unterlagen seien öffentlich zu machen.

**"Trotz einiger positiver Ansätze geht die angekündigte Reform an den tatsächlichen Bedürfnissen der heimischen Wirtschaft vorbei", betont die WK Tirol. Die NEOS sehen die Reform als gescheitert. Die Grünen fordern Nachhaltigkeit bei der Tourismusabgabe. Die Liste Fritz spricht von einer Rosstäuscherei.**

INNSBRUCK. Die Landesregierung hat die Pläne für eine Änderung der Tourismusfinanzierung präsentiert. Das Grundprinzip der 1927 eingeführten Pflichtabgabe bleibt bestehen. Unternehmen, die weniger vom Tourismus profitieren, sollen um rund 10 Millionen Euro im Jahr weniger zahlen. Die Mindest-Ortstaxe soll angehoben werden. Die ersten Reaktionen auf die Vorschläge der Landesregierung.



Tourismus

## **Weniger Tourismusabgabe, höhere Mindestortstaxe für Gäste**

Kürzlich präsentierten LH Anton Mattle und Tourismus- und Wirtschaftslandesrat Mario Gerber die Novelle der...

6

## **Änderungen gehen nicht weit genug**

Die Präsidentin der Tiroler Wirtschaftskammer, **Barbara Thaler**, äußert sich skeptisch zu den vorgestellten Plänen zur Novellierung der Tourismusfinanzierung. Trotz einiger positiver Ansätze geht die angekündigte Reform an den tatsächlichen Bedürfnissen der heimischen Wirtschaft vorbei. **"Als Wirtschaftskammerorganisation stehen wir grundsätzlich hinter der Tourismusabgabe. Seit knapp 100 Jahren stellt sie einen wichtigen Beitrag der Unternehmen zur Weiterentwicklung des Tourismus- und Wirtschaftsstandorts Tirol dar und bildet gemeinsam mit der von den Gästen geleisteten Aufenthaltsabgabe die finanzielle Grundlage für die lokalen und regionalen Tourismusorganisationen. Das soll auch so bleiben"**, betont WK-Präsidentin Barbara Thaler. Dennoch stellt sie klar, dass nach so vielen Jahrzehnten eine umfassende Veränderung dringend notwendig ist: **"Seit einigen Jahren spüren wir, dass die Tourismusgesinnung in unserem Land leidet. Auch viele Branchen sind schlichtweg nicht mehr bereit, die insgesamt 120 Millionen**



**Euro pro Jahr zu stemmen. Deshalb ist es richtig und wichtig, dass der Beitragsvorschreibung künftig eine Information mit einer Aufschlüsselung über den Einsatz der Mittel beigelegt werden soll. Es braucht aber nicht nur mehr Transparenz, sondern zukunftsorientierte Maßnahmen.** Als Wirtschaftskammer haben wir der Politik bereits eine Reihe entsprechender konkreter Vorschläge gemacht. Dass diese in der geplanten Novelle nicht in dem erforderlichen Maß berücksichtigt wurden, ist eine vertane Chance, die knapp 100 Jahre alte, komplizierte Abgabe in eine moderne Infrastrukturfinanzierung umzuwandeln."



LH Anton Mattle, LR Mario Gerber und Hubert Siller (MCI) präsentierten die Eckpunkte der Novelle. Foto: © Land Tirol/Neuner hochgeladen von [Lucia Königer](#)

## **Kurzfristige Entlastung reicht nicht aus**

Die geplante finanzielle Reduktion der Tourismusabgabe ist für Thaler zwar ein erster Schritt, bietet jedoch nur eine kurzfristige Entlastung, die durch die Inflation schnell verpufft. Daher fordert die Wirtschaftskammer eine Reduktion um bis zu 50 % der Gesamtsumme, gestaffelt über die nächsten fünf Jahre, sowie eine faire Neugestaltung der Aufenthaltsab-



gabe, die die unterschiedlichen Stärken der Regionen und Betriebstypen berücksichtigt. **"Aus unserer Sicht ist es außerdem dringend erforderlich, dass bei der seitens des Landes angekündigten Reform der Tourismusabgabe nicht nur deren Höhe, sondern auch die operative Abwicklung massiv verbessert wird. So sollte unserer Meinung nach die Einhebung der Tourismusabgabe den Finanzämtern übertragen werden.** Auch die Einführung einer Freigrenze von rund 40 Euro – nach Vorarlberger Modell – ist ein Vorschlag unsererseits, genau wie die Neustrukturierung der völlig veralteten Beitragsgruppenverordnung", so Thaler, die abschließend feststellt: "Bisher waren uns nur einzelne Eckpunkte bekannt, seit heute liegt uns der gesamte Gesetzestext der geplanten Reform vor. **Wir werden uns jetzt die Novelle im Detail ganz genau anschauen und im Rahmen der Begutachtung zum wiederholten Male auf die Wichtigkeit der von Seiten der Wirtschaft eingeforderten Maßnahmen pochen!"**

## **Mit der Reform gescheitert**

Für die **NEOS** ist die von Wirtschaftslandesrat Mario Gerber lang und groß angekündigte Reform der Tourismusabgabe nichts weiter als eine Augenauswischerei. **„Einmal mehr sind wir der Meinung, dass diese Abgabe gestrichen werden muss. Stattdessen sollen die Tirol Werbung und die Tourismusverbände aus dem Budget finanzieren sollte“**, erneuert NEOS Klubobmann **Dominik Oberhofer** seine Forderung nach mehr Entlastung und weniger Abgaben. „Das was LR Gerber hier vorgelegt hat, ist eine Mehrbelastung für die Vermieterinnen und Vermieter in diesem Land, in dem die Ortstaxe erhöht wird. Ob das in Zeiten, in denen die Gäste immer preissensibler werden, das richtige Signal ist, muss bezweifelt werden. Gerber ist mit seiner Reform krachend gescheitert“, urteilt Oberhofer.



# Nachhaltige Tourismusabgabe

Wie sich die neu gestaltete Tourismusabgabe konkret auf die bis dato beitragspflichtigen Unternehmen auswirke, müsse man sich dann im Detail anschauen. Besonders was die EPU's betrifft, müsse man genau hinschauen, diese seien in besonderem Maß zu entlasten. **Aber eines steht jetzt schon fest: es wurden keine ökologischen Nachhaltigkeitskriterien eingearbeitet**, finden der Klubobmann der **Tiroler Grünen Gebi Mair** und die Tourismussprecherin **Petra Wohlfahrtstätter**: „Wir haben im vergangenen Jahr Ideen eingebracht. Alle waren der Regierung entweder zu ökologisch oder zu viel Arbeit: die Höhe der Abgabe nach Anreiseart zu staffeln, sodass Bahn- und Radfahrer weniger zahlen und es den Unternehmen frei stellen, ob sie ihre Pflichtabgabe lieber dem öffentlichen Verkehr in ihrer Region zur Verfügung stellen wollen.“ Tourismusregionen sollten sich laut Österreichwerbung eine unabhängige CO2-Bilanz erstellen lassen, wenn sie mit Nachhaltigkeit werben wollen. **„Aus unserer Sicht könnte es sich in der Nächtigungsabgabe auch niederschlagen, wie die CO2-Bilanz ausfällt, sodass Regionen mit einem niedrigem Fußabdruck auch geringere Nächtigungsabgaben einheben dürften als solche mit schlechter CO2-Bilanz“**, kritisiert Wohlfahrtstätter. In Tirol bräuchte es aber einen CO2-Preis für Lenkungseffekte, die Mensch und Umwelt zu Gute kämen. Ob es eine Querfinanzierung auch für die Tiroler Schwimmbäder geben werde, sei nicht bekannt. **„Inwieweit sich die Tourismusverbände auch in den Erhalt und den Ausbau der Tiroler Schwimmbäder einbringen werden, das erwarten wir ganz gespannt, wenn Dornauer seine Bäderstudie präsentiert“**, schließen die Tiroler Grünen.

## Rosstäuscherei – Abzocke geht weiter

„Weiterhin müssen mehr als 600 Branchen für den Tourismus zahlen, obwohl sehr viele keinen oder kaum einen Nutzen vom Tourismus haben. Egal, ob Fahrlehrer, Totengräber oder Physiotherapeut. Sie alle machen ihren Umsatz nicht oder kaum mit Touristen, aber zahlen dafür! Weiterhin wird die Tourismusabgabe vom Umsatz statt vom Gewinn eingehoben. Bei der Einführung des Gesetzes zur Tourismusabgabe vor fast 100 Jahren war das noch umgekehrt, da zählte der Gewinn, nicht der Umsatz“, kritisiert Liste Fritz-Klubobmann **Markus Sint**. **Die Liste Fritz hat mehrfach**



**eine echte Reform der Tourismusabgabe eingefordert und vorgeschlagen. Mit zwei zentralen Punkten, erstens die Zahl der Beitragsgruppen drastisch zu senken und zweitens die Tourismusabgabe nach Gewinn und nicht nach Umsatz zu berechnen.** "Im Jahr 2022 hatten die 34 Tourismusverbände beispielsweise 234 Millionen Euro zur Verfügung, davon rund 94 Millionen Euro aus der Nächtigungsabgabe und rund 140 Millionen aus dem Tourismusbeitrag. Klar, weil quasi jeder Betreiber zahlen muss. Der verkündete Freibetrag von 2.500 Euro ist ein schlechter Witz, eine angebliche Entlastung von 10 Millionen bei 40.000 entlasteten Betrieben ist Schönfärberei, diese Entlastung macht im Schnitt 250 Euro pro Betrieb und pro Jahr aus, also rund 70 Cent am Tag! Eine Reform schaut anders aus!", zeigt sich Liste Fritz-Klubobmann Markus Sint für die Unternehmer und Unternehmen enttäuscht.

## Anpassung der Beitragshöhe Betriebe



Beitragsgruppe I	unverändert	
Beitragsgruppe II	unverändert	
Beitragsgruppe III	-10%	
Beitragsgruppe IV	-12,5%	-24%
Beitragsgruppe V	-22,5%	
Beitragsgruppe VI	-25%	
Beitragsgruppe VII	-50%	